

8. XI. 1917.

45

# Ernährungsfragen.

4 Berlin, 6. Nov

Der Hauptausschuß des Abgeordnetenhauses lehte heute die allgemeine Erörterung der Ernährungsfragen fort. Der Vorsitzende des Landesamtes für Futter- und Nahrungsmittel antwortete auf die Kritik der Eierversorgung und besprach die Schwierigkeiten der Eierbewirtschaftung in diesem Frühjahr und Sommer. Trotzdem sei es gelungen, 300 Millionen Inlandeiern in rund sieben Monaten zu erfassen und den städtischen und industriellen Verbrauchern zuzuführen. Die Nachrichten über Verderben von Inlandeiern seien zum großen Teil übertrieben. Eine Aufhebung der bestehenden Bewirtschaftung würde auch mit Rücksicht auf den ständigen Rückgang der Einfuhr von Auslandeiern und deren Preissteigerung dazu führen, daß wir weder eine Versorgung der Lazarette und Krankenhäuser durchführen noch die weiteren Schichten der großstädtischen und industriellen Bevölkerung überhaupt noch mit Eiern versorgen könnten. Ein Ausschuß-Mitglied führte aus, die Ablieferung der Kartoffeln sei gut und bereitwillig erfolgt. Leider sei die Wagenstellung zu gering gewesen. Die geringe Wagenstellung könne auch besonders schädlich werden für die Belieferung des Westens mit Saatgut, die notwendig schon im Herbst erfolgen müsse. Den Anbau sollte man künftig durch unentgeltliche Belieferung der kleineren Besitzer mit Saatkartoffeln fördern. Man sollte aber auch für einen angemessenen Preis und bei längerer Aufbewahrung von Kartoffeln für Ausbewoherungsprämien sorgen. Die kleinen Dlmühlen hätten nicht geschlossen werden sollen. Das jetzt aus den Dlmühlen durch die großen Dlmühlen hergestellte Öl sei recht oft nicht genießbar. Auf den Landwirt sollte man mehr durch Belehrung als durch Zwang einwirken. Eine Entziehung von Nahrungs- und Betriebsmitteln als Zwangsmittel führe nicht zum Ziele, sei auch gesetzlich nicht berechtigt. Als Unterbau der Lieferungsorganisation empfehle er freiwilliges Zusammenreten der Lieferungsverpflichteter zu Erzeugergemeinschaften, wie das in Lippe schon schon geschehen sei. Die Landesfuttersmittelstelle erscheine ihm jetzt ziemlich überflüssig. Auch die Eierorganisation müsse fortfallen, ebenso die Höchstpreise für Gemüse und Obst. An ihrer Stelle sollten bezirksweise durch Preisauschüsse Marktpreise festgesetzt werden, insbesondere auch Preise für die Lieferungsverträge. Man solle überhaupt möglichst nicht in bestehende Verhältnisse eingreifen, das führe zu unnützen Erschwerungen der Wirtschaft und zu unnützen Transporten. Die Fett- und Speckabgabe von hausgeschlachteten Schweinen dürfe nur in geräuchertem Zustand verlangt werden. Die Stadtkaffabriken müßten unbedingt erweitert werden. Die Gefangenen dürften nicht, wenn sie eingearbeitet seien, der Landwirtschaft entzogen werden. Ost getreide die Verlegung nur zu gleicher Arbeit an anderer eisernerer Stelle. Fischmehl ließe sich mehr als bisher als Futtermittel verwenden, ebenso auch verdorbene Lebensmittel.

Der Staatskommissar für Volksernährung führte aus, daß er volles Verständnis habe für die Schwierigkeiten der Landwirtschaft durch die zwangsläufige Bewirtschaftung und die Entziehung von Betriebsmitteln. Er werde bemüht sein, auch bei den militärischen Stellen auf möglichste Berücksichtigung der Landwirtschaft hinzuwirken. Die vielfachen Zwangsverordnungen, durch welche der Landwirt eingeeignet werde, seien leider notwendig. Der Zwang der Verhältnisse sei härter als der Wunsch, die behördlichen Maßnahmen einzuschränken. Aber auch er stimme mit dem Vorredner darin überein, daß der gute Wille der Landwirte nicht zu entbehren sei, und allein mit Zwang nichts erreicht werden könne. Er bitte gerade die Herren, die auf die landwirtschaftlichen Kreise Einfluß hätten, ihn in dieser Richtung durch aufklärende Tätigkeit zu unterstützen. Hinsichtlich des Zusammenschlusses der Landwirte zu Erzeugerverbänden könne man doch wohl die unter andern Verhältnissen in Lippe gemachten Erfahrungen nicht ohne weiteres auf Preußen übertragen. Gegen einen Versuch auf diesem Gebiete in kleinem Rahmen habe er aber keine Bedenken. Hinsichtlich der Obst- und Gemüseversorgung werde man versuchen, aus der Kritik dieses Jahres für die Zukunft zu lernen. Eine Wiederzulassung der kleinen Dlmühlen, die mit Wasserkraft betrieben würden, sei inzwischen erfolgt. Zur Hebung der Salzknappheit habe der Eisenbahnminister eine Bevorzugung der Salzladungen in der Beförderung angeordnet.

Der Unterstaatssekretär des Staatskommissariats für Volksernährung ging auf Einzelheiten über die Kartoffelbelieferung, die Preise für Fabrikartoffeln, die Lagerung von Brotgetreide und die Preisfestsetzung für Ersatznahrungsmittel ein.

Der Vorsitzende des Landesfleischamts gab Auskunft über die Regelung bei der an die Stelle der bisherigen Hindenburgspende getretenen Zwangsabgabe von Speck oder Fett bei den Hauschlachtungen. Bei der Durchführung der Ablieferung sei den Kommunalverbänden weitgehende Freiheit gelassen, auch in der Entscheidung darüber, ob der Speck in frischem oder zubereitetem Zustande abzuliefern sei. Das Landesfleischamt habe für die Beineßung des den Selbstversorgern für die Schlachtablieferung zu zahlenden Preises Grundätze aufgestellt, bei denen der höhere Wert für den besonders wertvollen Speck entsprechend berücksichtigt sei.

Ein anderes Ausschußmitglied führte dann aus, ohne den Handel sei die Volkswirtschaft nicht aufrechtzuerhalten. Man müsse, wenn auch langsam, zum Handel zurückkehren, insbesondere gelte dies für den Handel mit Kartoffeln. Dem Landwirt sei das Mehr über die Menge Kartoffeln, die er zur menschlichen Ernährung abzugeben habe, zur freien Verfügung ohne Höchstpreise zu belassen. Es müsse auch für mehr Anbau eine Prämie gewährt werden, und zwar nicht nur dem Kleingrundbesitz, sondern auch dem Großgrundbesitz. Er erwarte vom Großgrundbesitz, daß er die Mehranbauprämie den Verbrauchern beim Preise zugute kommen lassen werde. Er wolle aber den Großgrundbesitz bei der Frage der Mehranbauprämie grundsätzlich nicht anders behandeln als den Kleingrundbesitz, weil die Grenze zwischen beiden schwer zu finden sei. Ein Getreidemonopol lehne er grundsätzlich ab. Aber ein Vorkaufsrecht auf etwa ein zuführendes Getreide ließe sich vielleicht sprechen. Der freie Handel bei Obst und Gemüse hätte im Sommer dieses Jahres nicht

versagt, wenn er wirklich frei gewesen wäre. Der Handel sei aber damals bereits durch so viele Vorschriften gebunden gewesen, daß von einem freien Handel nicht mehr die Rede gewesen sei. Jetzt sei das Obst in Berlin völlig verschwunden. Er bringe namens seiner Freunde einen Antrag dahin ein, daß Landgüter ohne Zustimmung der Verwaltungsbehörden während des Krieges an Nichtlandwirte nicht verkauft werden dürften. Der Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium erklärte, daß Befehle einer Bundesratsverordnung über diesen Punkt bereits beachtet seien. Ein anderes Ausschußmitglied legte dar, Höchstpreise könnten die Produktion nicht fördern. Es fehle häufig an gutem Willen. Zwang sei nötig, das zeigten besonders die Eierversorgung und die Vorgänge beim Honighandel. Auch die Lieferungsverträge über Gemüse hätten versagt. Zwiebeln seien nach Festsetzung der Höchstpreise völlig verschwunden. Jetzt seien Obst und Zwiebeln nur noch zu Höchstpreisen als ausländisch zu haben. Der Schleichhandel blühe. Vermieden könnten alle diese Erscheinungen nur werden, wenn alle Lebensmittel beim Erzeuger beschlagnahmt und der öffentlichen Verwaltung zugeführt würden.

Der Leiter der Reichsstelle für Gemüse und Obst führte aus, daß man bis zuletzt gehofft habe, es werde dem freien Handel gelingen, die Marmeladenindustrie mit den zur Herstellung von Brotbackmitteln unerlässlichen Warenmengen zu versorgen und zugleich die Frischmärkte wenigstens einigermaßen ausreichend zu beschicken. Erst als sich diese Hoffnung als trügerisch erwiesen habe, sei mit einer zwangsweisen Erfassung des Obstes vorgegangen worden. Der Gedanke der erlassenen Bestimmungen bestehe darin, daß der Erzeuger behalten dürfe, was er in seinem Haushalte oder Betriebe verbrauchen oder verarbeiten wolle. Sche er aber Obst ab, so bedürfe er der Genehmigung, wozu das für den Absatz bestimmte Obst zu leisten sei. Der Erzeuger sei nicht ausgeblieben. Die Marmeladenindustrie sei ausreichend eingedeckt worden, und die wichtigsten Frischmärkte Deutschlands seien bis vor etwa 2 bis 3 Wochen durchweg gut besichtigt gewesen. Es sei gelungen, den Schleichhandel, wenn auch nicht ganz zu beseitigen, so doch wesentlich einzuschränken. Der Verderb an Ware sei nach den getroffenen Feststellungen im Durchschnitt verhältnismäßig kleiner gewesen als zu Friedenszeiten. Dem trat ein Mitglied entgegen; die Schilderung über die Erfolge der Obstversorgung sei viel zu optimistisch. Die Marmeladenfabriken mögen überflüssig sein, aber die allgemeine Obstversorgung habe schwer gelitten. Im allgemeinen, führte dieses Mitglied weiter aus, sei die Hauptfache der Versorgung die Erzeugung. Erst eine vermehrte Erzeugung könne die Preise senken. Eine solche Senkung durch vermehrte Erzeugung beabsichtige auch ein Aufschub des Präsidenten Graf Schwerin. Wie wesentlich die Vermehrung der Kartoffelproduktion sei, ergebe sich daraus, daß auf einer Million Hektar ein Ertrag im Werte von 1,4 Milliarden bei Kartoffelbepflanzung erzielt werde, während bei Bepflanzung desselben Bodens mit Hafer nur 448 Millionen an Wert erzeugt würden. Erzeugungsfördernd würde auch die Ermöglichung einer sichern Kalkulation für den Landwirt durch feste und angemessene Preise wirken, aber auch die Gewährung der nötigen Betriebsmittel. Es sei falsch gewesen, die Zwangswirtschaft über das absolut notwendige Maß auszudehnen. Überflüssige Transporte müßten vermieden werden. Ein anderer Abgeordneter wies darauf hin, daß die Erzeugung auch dadurch vermehrt werden könne, daß in industriellen Bezirken planmäßig mehr Gemüse und Kartoffeln angebaut würden. Das spare Transport. Nach seiner Meinung sei die Obstversorgung im großen und ganzen nicht schlecht gewesen. Die freien Preisauschüsse hätten sich in Westfalen nicht berührt. Das Obst aus den besetzten Gebieten sei nicht genügend genutzt worden, insbesondere nicht die dort geernteten Kirchen. Auch dieses Mitglied sprach sich für die Notwendigkeit der Erzeugungsförderung aus, die er aber ohne angemessene Preisfestsetzung für unmöglich erklärte. Er wies darauf hin, daß die viel kritisierte Steigerung der Preise der Erzeugnisse vom Erzeuger zum Verbraucher vielfach natürliche Ursachen habe und nicht unbedingt als Mangel anzusehen sei. Noch wichtiger als die Preisfestsetzung sei für die Förderung der Erzeugung die Beschaffung der notwendigen Betriebsmittel aller Art. Er erlaube um Auskunft, wie weit die Aufbaumachung der Lupine für die menschliche Ernährung durch neuere Forschungen gediehen sei.

Morgen, Mittwoch, wird die Beratung fortgesetzt.